

Stand: 13.05.2024 13:31:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/536

"Rücknahme des Gesetzentwurfs für ein Haushaltsgesetz 2019/2020"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/536 vom 12.03.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1694 des HA vom 20.03.2019
4. Beschluss des Plenums 18/1896 vom 08.05.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Rücknahme des Gesetzentwurfs für ein Haushaltsgesetz 2019/2020

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den auf Drs. 18/346 eingebrachten Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 – HG 2019/2020) zurückzuziehen und nach umfassender Überarbeitung neu vorzulegen.

Dabei sind folgende Maßgaben zu beachten:

Der neu vorgelegte Entwurf soll

- keine Entnahmen aus den Rücklagen enthalten,
- den im Gesetzentwurf Drs. 18/346 vorgesehenen Schuldenabbau beibehalten,
- den Fokus auf Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur legen, anstatt auf konsumtive Ausgaben.

Begründung:

Die Staatsregierung hat am 22.02.2019 auf Drs. 18/346 einen Gesetzentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 vorgelegt. Dieser führt den Weg der freigiebigen Ausgabenpolitik, der mit dem 2. Nachtragshaushalt 2018 eingeschlagen worden ist, in verstärktem Maße fort. Einerseits wird nun deutlich, dass die massiven Mehrausgaben der letzten Staatsregierung wenige Monate vor der Landtagswahl auch künftige Haushalte dauerhaft belasten werden, da es sich bei einer Vielzahl kostenintensiver Maßnahmen um wiederkehrende Ausgabeposten in Millionenhöhe handelt. Auf der anderen Seite möchte die Staatsregierung nun in ihrem Gesetzentwurf weitere Dauerausgaben, die CSU und FREIE WÄHLER in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen haben, im Haushalt verankern.

All dies ist bereits jetzt, in wirtschaftlich starken Zeiten mit hohen Steuereinnahmen, nur dadurch finanzierbar, dass in den beiden Haushaltsjahren weit über 3 Mrd. Euro aus den Rücklagen entnommen werden und darüber hinaus die Schuldentilgung im Jahr 2019 auf nur noch 250 Mio. Euro (Vergleich 2018: 1,5 Mrd. Euro) und im Jahr 2020 auf 750 Mio. Euro zurückgefahren wird.

Dies hat nach unserer Überzeugung mit nachhaltigem Haushalten nichts mehr zu tun. Statt in wirtschaftlich prosperierenden Jahren die finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für mögliche schlechtere Jahre zu schaffen, werden neue Dauerausgaben geschaffen, die auch in Krisenzeiten zu bewältigen sein werden. So wünschenswert die Schaffung von Zuwendungen an verschiedene Bevölkerungsgruppen sein mögen, sie müssen auf Dauer finanzierbar sein. Darüber hinaus wird die für schlechte Zei-

ten angelegte Haushaltsrücklage nachgerade geplündert. Dass sich die Schuldenreduzierung derart verlangsamt ist letztendlich wohl darauf zurückzuführen, dass der Staatsregierung für diese Ausgabe schlicht das Geld auszugehen droht.

Selbstverständlich ist es der Staatsregierung unbenommen, einen derartigen Haushalt dem Landtag als Gesetzentwurf vorzulegen. Allerdings soll der Landtag diesen Gesetzentwurf als in der Grundstruktur nicht korrigierbar in seiner Gänze zurückweisen und eine neue Haushaltsplanung anfordern. Dabei soll es auch den im Vergleich zu den Landtagsfraktionen personell wesentlich besser ausgestatteten Staatsministerien übertragen werden, alle einzelnen Programme nach Einsparpotenzial zu untersuchen, um die in diesem Dringlichkeitsantrag dargelegten Ziele erreichen zu können. Ein Ansatzpunkt hierfür könnte es sein, insbesondere die Neuausgaben seit dem Nachtragshaushalt 2018 einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, ob Programme um das Kriterium der wirtschaftlichen Bedürftigkeit der Empfänger ergänzt werden können und ob die beabsichtigten volkswirtschaftlichen Effekte überhaupt erreicht werden können.

ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/552. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Enthaltungen! – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/534. Die Urnen sind aufgestellt. Die Abstimmung beginnt.

(Namentliche Abstimmung von 21:46 bis 21:51 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Ehrliche Partnerschaft auf Augenhöhe im Herzen Europas" auf Drucksache 18/550 mitteilen: Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 148 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/535 mit 18/538 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbrechen. Das Ergebnis wird in etwa drei bis fünf Minuten vorliegen.

Wer bei diesem spannenden Spielstand Lust hat, in die Landtagsgaststätte zu kommen – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wie steht es?)

Es steht momentan 1 : 1. Der FC Bayern braucht also auf alle Fälle noch ein Tor. Es ist erfreulich, dass eine Abgeordnete den Spielstand noch nicht kannte. Das finde ich richtig gut. Bevor ich jetzt in Diskussionen komme, unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 21:53 bis 21:55 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "ANKER-Zentrum Mering stoppen, ANKER-Zentrum Donauwörth schließen" auf Drucksache 18/534 mitteilen: Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 145 Abgeordnete gestimmt, bei einer Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)**
Drs. 18/536

Rücknahme des Gesetzentwurfs für ein Haushaltsgesetz 2019/2020

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Helmut Kaltenhauser**
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 10. Sitzung am 20. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/536, 18/1694

Rücknahme des Gesetzentwurfs für ein Haushaltsgesetz 2019/2020

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverdrigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Liste. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild und anderer (SPD) betreffend "Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie" auf Drucksache 18/204. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt dann in einer der nächsten Sitzungen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch da sehe ich alle Fraktionen: AfD, FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zustimmung auch der beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Berichtigung

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. April 2019 (Vf. 41-IX-19) betreffend
 Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 18. April 2019 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“
 PII-G1310.19-0005
 Drs. 18/1864 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration
- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

	CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ombudsstelle für faire Handelspraktiken einrichten
Drs. 18/154, 18/1551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie
Drs. 18/204, 18/1648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl u.a. SPD
Digitalpakt vorbereiten – Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern
Drs. 18/290, 18/1705 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Bächler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Verkehrssicherheit durch mehr Lkw-Parkplätze auf Autobahnrastanlagen durch Kompaktparken und Kolonnenparken
Drs. 18/339, 18/1659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflicht zur Vorlage von Jagdtrophäen abschaffen
Drs. 18/340, 18/1699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologischer Landbau in der Agrarstatistik
Drs. 18/341, 18/1700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

